

Kurzvermerk zur Vorbesprechung der BDA Mitglieder zur konzertierten Aktion des Bundeskanzleramtes und der Sozialpartner

Ziel der Vorbesprechung ist es laut Herrn Kampeter, Ideen für arbeitgeberseitige Eingaben bei der konzertierten Aktion am 4. Juli im Bundeskanzleramt zu sammeln. Herr Kampeter berichtete eingangs, was zum Anlass, den Teilnehmern und dem Ziel der konzertierten Aktion des Bundeskanzleramtes bekannt ist. Demnach wurde die konzertierte Aktion in einer Regierungserklärung vom Bundeskanzler angekündigt mit Bezug auf Inflation, die Tarifeinigung bei Chemie sowie die Angst vor einer Lohn-Preis-Spirale. Das konkrete Ziel und Inhalte des Treffens sind der BDA nicht bekannt. Es wird angenommen, dass die Sorgen im Kanzleramt, dass Deutschland in eine dauerhafte Inflation und Krise gerät wohl maßgebliche Treiber sind. Das Treffen findet auf Initiative und Einladung des Bundeskanzleramtes statt. In der vergangenen Woche fand ein Sherpatreffen statt, diese Woche folgt ein weiteres. Eingeladen sind seitens der Sozialpartner auf Präsidentenebene acht Wirtschaftsverbände (BDA, BDI, DIHK, ZDH, Gesamtmetall, HDE, Dehoga u.a.), acht Gewerkschaftsorganisationen (DGB, IG Metall, NGG, Beamtenbund u.a.) sowie die Bundesbank. Der Teilnehmerkreis soll nicht mehr erweitert werden. Zuständig für die Organisation im Bundeskanzleramt ist Steffen Meyer.

Die Diskussion der BDA-Mitgliedsverbände stellt als in dem Gespräch am 4.7. zu vertretene Konsens fest, dass die Sozialpartner nicht Inflationstreiber sind. Die Ursachen für die steigende Inflation sind gestörte Lieferketten, die Energieknappheit sowie die Geldpolitik der EZB. Um die Inflation zu bekämpfen, müssen primär die Ursachen bekämpft werden. Die Sorge vor einer Lohn-Preis-Spirale teilen die Arbeitgebervertreter, jedoch darf Tarifpolitik nicht durch das Bundeskanzleramt gemacht werden. Die Arbeitgeberverbände verweisen auf die Notwendigkeit moderater Lohnforderungen der Gewerkschaften und die Leistung der Unternehmen, in diesen Krisenzeiten Arbeitsplätze zu sichern. Einige lohntriebende Faktoren sind zudem hausgemacht durch die Politik, so etwa der 12 Euro Mindestlohn. Auch merken sie an, dass Komplikationen wie Streiks derzeit nicht hilfreich sind. Als Ideen der Arbeitgeberseite für mögliche Ergebnisse der konzertierten Aktion und unterstützende Maßnahmen von Politik und Sozialpartnern soll der Abbau der kalten Progression sowie eine Entlastung bei den Energiepreisen vorgeschlagen werden. Mehr Netto vom Brutto sollte von staatlicher Seite privilegiert werden, wobei die Ausgestaltung solcher Privilegierungen von Zahlungen relevant für die Konsensfähigkeit ist (ein Druck auf eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge muss ebenso wie zusätzliche Lohnsteigerungen vermieden werden). Funktionsfähige Unternehmen sind zu erhalten. Es gibt arbeitgeberseitig keine Bereitschaft zu materiellen Opfern.